

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Dr. Konstanze Wegner
MdB zu den Zahlungs-
prioritäten des Bun-
desfinanzministers:
Geld für den Golfkrieg,
kein Geld für den Zivil-
dienst.

Seite 1

Dr. Eberhard Brecht
MdB und Gernot Erler
MdB zu den Perspekti-
ven des Landes der
Skipetaren: Albanien
vor der Wahl.

Seite 2

Barbara Weiler MdB zur
restriktiven Gewährung
von Leistungen nach
dem AFG für Umschü-
ler/Innen aus den
neuen Bundesländern
für die Teilnahme an
Maßnahmen in den al-
ten Bundesländern:
Praxis der Arbeitsver-
waltung bremst Um-
schulungskampagne.

Seite 4

46. Jahrgang / 61

28. März 1991

Geld für den Golfkrieg, kein Geld für den Zivildienst Zu den Zahlungsprioritäten des Bundesfinanzministers

Von Dr. Konstanze Wegner MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung von
Frau und Mann der SPD-Bundestagsfraktion

Während Theo Waigel seinem amerikanischen Kollegen Brady in Ame-
rika milliardenschwere Treueschwüre leistet, hat er es bei anderen fi-
nanziellen Verpflichtungen nicht eilig und zieht sich auf die vorläufige
Haushaltsführung zurück.

So gibt es seit Jahren Probleme bei der Zahlung der Aufwandszu-
schüsse für Zivildienststellen, deren Zivildienstleistende in der
"individuellen Schwerstbehindertenbetreuung" (IBS) und im "mobilen
sozialen Hilfsdienst" (MSHD) tätig sind: Aufgrund der Umstellung auf
computergestützte Zahlungen müssen die Einsatzstellen bis heute oft
selber für rückständige Zahlungen aufkommen, Kreditaufnahmen sind
notwendig, die anfallenden Zinsen gehen zu Lasten der Träger. Insbe-
sondere für kleine Träger bedeutet dies eine unzumutbare Härte, Leid-
tragende sind letztlich hilfsbedürftige Menschen, die auf Zivildienstlei-
stende angewiesen sind.

Das Bundesamt für Zivildienst hat es bis heute nicht geschafft, alle
rückständigen Gelder zur Verfügung zu stellen, da die "vorläufige
Haushaltsführung" dabei angeblich Probleme bereitet. Es ist schon
merkwürdig, daß bei Beträgen in Millionenhöhe Schwierigkeiten be-
schworen werden, die für Milliardenbeträge anscheinend nicht existie-
ren.

Es ist dringend notwendig, daß der Finanzminister von seinem Recht
Gebrauch macht, die überfälligen Beträge auch im Rahmen der vorläü-
figen Haushaltsführung freizugeben, damit die Einsatzstellen nicht mit
weiteren Kreditkosten belastet werden. Außerdem erscheint es erfor-
derlich, daß die Bundesregierung den Einsatzstellen die Kosten rück-
wirkend erstattet, die diesen bislang durch Zinstilgungen entstanden
sind.

In einem Schreiben habe ich die Bundesregierung heute aufgefordert,
einen Überblick über die noch ausstehenden Zahlungen und die ent-
standenen zusätzlichen Kosten für die Dienststellen zu geben.

(-/28.3.1991/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtiger Umsatz
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Albanien vor der Wahl

Zu den Perspektiven des Landes der Skulpturen

von Dr. Eberhard Brecht MdB und Gernot Erler MdB

Am Ostersonntag können die 3,2 Millionen Albaner, wohnhaft im "Hinterhof Europas", wie Churchill sich einmal ausdrückte, zum ersten Mal nach 47 Jahren frei wählen. In 250 Wahlkreisen sind im Verfahren der Mehrheitswahl die Abgeordneten der Volksversammlung (Kuvendi Popullor) zu bestimmen. Den Wählern stellen sich 1.103 Kandidaten, davon 644 von der kommunistischen "Partei der Arbeit Albaniens" (PPSh) und ihren traditionellen Frontorganisationen (die Demokratische Front, die noch bis Dezember 1990 von der Hoxha-Witwe Nexhmije dominiert wurde, der offizielle Gewerkschaftsverband, der Jugendverband, der sich inzwischen um mehr Unabhängigkeit bemüht, der Frauen- und der Veteranenverband). Ihnen gegenüber stehen fünf Oppositionsparteien: Allen voran die Demokratische Partei, die als einzige in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat, die Republikanische Partei (185 Kandidaten), die Agrarpartei mit 37 Kandidaten sowie OMONIA als Verband der griechischen Minderheit mit fünf und die ökologische Partei mit zwei Kandidaten.

Die Wahlen finden vor dem Hintergrund einer tiefen ökonomischen Krise und nur mühsam unter Kontrolle gehaltener politischer Spannungen statt. Schon vor der Wahl hat Ramiz Alia als Präsident eine Reihe von Zugeständnissen machen müssen. Voller Skepsis und Unwillen wird er dabei von den konservativen Reihen der PPSh beobachtet, die noch nicht wahrhaben wollen, daß jetzt als letztes Land Europas auch Albanien sich einem Reform- und Modernisierungsprozeß stellen und die traditionelle Ideologie des "rrethim" (Einkreisung, Belagerung) aufgeben muß. Innerhalb von drei Monaten endete das Einparteiensystem und wurden neue Parteien zugelassen, fiel das seit 1967 geltende Religionsverbot, lockerte sich die gefängnisartige Bewachung der Albaner, wurde ein Großteil der politischen Gefangenen freigelassen, entstanden Anfänge einer freien Gewerkschaftsbewegung und Ansätze zu einem pluralistischen Medienwesen.

Daß diese im D-Zug-Tempo auftauchenden neuen Freiheiten die Bevölkerung völlig unvorbereitet trafen, kann man an den Reaktionen sehen. Die wenigsten Albaner, die derzeit unter Lebensmittel- und Brennstoffmangel leiden, vertrauen auf eine Wendung zum Besseren. Viele nutzen die neuen Freiheiten nur zu einem Gedanken: so schnell wie möglich rauskommen in eine geordnetere, mit Gütern für das Alltagsleben gesegnetere Welt. 15.000 Menschen überquerten die Grenze nach Griechenland (die Hälfte wurde inzwischen zurückgeschickt), mehr als 20.000 riskierten ihr Leben bei der Überfahrt nach Süditalien und über zehntausend haben sich ins benachbarte Jugoslawien abgesetzt. Inzwischen stoppt ein rigoroser Militäreinsatz weitere Fluchtversuche. Er gehorcht keinesfalls nur einer albanischen Staatsraison, sondern entspricht auch Forderungen der italienischen und griechischen Nachbarn, die ihre Kooperation mit Tirana von einer Unterbindung des Flüchtlingsstroms abhängig gemacht haben.

Präsident Alia hat die Reformvorläufer in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten gut studiert. Er will die Dominanz der Partei der Arbeit, die sich bald wieder (reform)sozialistisch nennen will, durch eine Trennung von Staat und Partei retten. Wie er sich das vorstellt, kann man am ehesten aus dem Verfassungsentwurf ablesen, den er am 30.12.1990 vorgelegt hat. Dieser Entwurf eliminiert gegenüber der gültigen Verfassung von 1976 zwar die führende Rolle der Partei, schafft aber ein mit allen Machtbefugnissen ausgestattetes Präsidentenamt und stellt nach wie vor den Staat als Kontrolleur über die Wirtschaft, den Außenhandel, das Bildungswesen, die Wirtschaft und die Technik. Gelingt am 31. März ein Wahlerfolg, könnte es ein "soft landing" der alten Eliten in einer reformierten albanischen Gesellschaft geben, die eine Parteidiktatur zugunsten eines personenidentischen Präsidialsystems ablöst und dafür sogar eine demokratische Legitimation erhält.

Eine Schlüsselrolle bei der Frage, ob diese Rechnung aufgeht, nimmt die Bewertung der Vergangenheit und der Leistungen der PPSh für die Entwicklung Albaniens ein. Für die Kommunisten war es ein ungeheurer Schock, als am 20. Februar aufgebrachte Demonstranten auf dem

zentralen Skanderberg-Platz in Tirana die 10 Meter hohe Bronzestatue des Partei- und Staatsbegründers Enver Hoxha stürzten und sie auch sonst unsanft behandelten. Ein Augenzeugenbericht: "Die umgestürzte Skulptur wurde von einem Lastwagen durch die Straßen der Stadt geschleift, die Menschen traten sie mit Füßen, spuckten sie an und urinieren sogar auf ihr, um ihre grenzenlose Abscheu zu zeigen." Ohne eine Anerkennung der Leistungen Hoxhas fehlt der PPSH jede historische Legitimität, auch künftig eine führende Rolle zu spielen. Es gelang Präsident Alia erstaunlicherweise, die Opposition zu einem Aufschub zu gewinnen: Die Bewertung des Lebenswerkes von Hoxha soll erst nach den Parlamentswahlen durch Volksabstimmung geklärt werden.

Daß der Schreck den Vertretern des bisherigen Systems in die Glieder gefahren ist, erscheint verständlich. Nach welchem Modell wird Albanien Reformprozeß ablaufen? Der worst case für den Präsidenten und seine Crew ist das Vorbild Rumäniens mit der blutigen Beseitigung des Diktators Ceausescu. Ramiz Alia hat in den letzten Wochen nicht ungeschickt taktiert und sich damit die Chance auf eine andere Variante eröffnet: Es könnte auch so ausgehen wie in Bulgarien im Juni 1990. Dort holte sich in Wahlen eine reformgewandelte Altpartei eine knappe Mehrheit, obwohl sie in den großen Städten von der Opposition überrundet wurde.

In Albanien tritt eine Partei mit 47 Jahren Macht im Rücken gegen eine Opposition an, die es erst seit drei Monaten gibt. Das Wahlprogramm der PPSH verspricht Verbesserungen auf allen Gebieten, vermeidet aber geschickt die Nennung konkreter Maßnahmen. Die Demokratische Partei, geführt von dem Ökonomen Jramoz Pashko und dem Herzspezialisten Sali Berisha und wohl die einzige Oppositionspartei, die den bisherigen Machthabern gefährlich werden kann, verhält sich da weniger taktisch. Sie fordert die Aufgabe der bisherigen Privilegien von Funktionären, sie will eine stufenweise Privatisierung der Wirtschaft und gleich mal anfangen mit dem Verkauf von Läden, Kiosks, Bars, Restaurants, Werkstätten und Dienstleistungsunternehmen an Privatinteressenten, sie will die großen Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften verwandeln und auch bei Grund und Boden Vererbung, Verkauf und Verpachtung zulassen. Insgesamt findet dieses Programm den Beifall der großstädtischen Eliten, die keinen anderen Weg für Albanien sehen als den möglichst schnellen Anschluß an die europäische Entwicklung (ein Programmpunkt, den verbal alle bekannt gewordenen Wahlplattformen enthalten). Die Frage ist nur, ob die in archaischer Form wirtschaftende Landbevölkerung, die Zweidrittel der Wähler stellt und bisher kaum Gelegenheit hatte, Vertreter der neuen oppositionellen Parteien zur Kenntnis zu nehmen, durch ein solches Programm nicht überfordert wird.

Auch bei einem Wahlsieg Alias braucht aber die junge Opposition nicht zu resignieren. Das Beispiel Bulgarien hat gezeigt, daß der Wahlerfolg den Reformkommunisten wenig Glück brachte. Sie scheiterten an den objektiven ökonomischen und politischen Schwierigkeiten und gaben die Macht inzwischen freiwillig ab zugunsten eines Präsidenten der Opposition und einer Koalitionsregierung. Nichts spricht dafür, daß der Weg der Reform in Albanien auch nur um eine Spur leichter werden könnte. Insofern werden die Parlamentswahlen am Ostersonntag Auskunft über einen politischen Zwischenzustand geben, der sich in der Praxis sehr schnell wieder ändern kann.

(-/28.3.1991/rs/tü)

(Die beiden Autoren dieses Artikels werden im Auftrag des Deutschen Bundestages als Wahlbeobachter zu Ostern in Albanien sein.)

Praxis der Arbeitsverwaltung bremst Umschulungskampagne

Zur restriktiven Gewährung von Leistungen nach dem AFG für Umschüler/Innen aus den neuen Bundesländern für die Teilnahme an Maßnahmen in den alten Bundesländern

Von Barbara Weller MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Während alle Welt und auch Minister Blüm die Notwendigkeit von Arbeitsförderungsmaßnahmen für die neuen Bundesländer hervorhebt, zwingt die restriktive Praxis der Leistungsgewährung Umschüler/Innen zum Abbruch. Teilnehmer aus den neuen Bundesländern, die an einer Maßnahme in den alten Ländern teilnehmen, bekommen von den Arbeitsämtern nur die Pauschale für Unterkunft und Verpflegung zugestanden, die für die neuen Bundesländer gelten.

Ein Beispiel: mehrere junge Frauen aus Thüringen machten genau das, was viele Politiker von ihnen vollmundig verlangen - sie zeigten Eigeninitiative und besorgten sich Plätze in einem Ausbildungskurs zur Fremdsprachenkorrespondentin. Dies gelang ihnen im grenznahen Raum in Hessen. Die zuständigen thüringischen Arbeitsämter bewilligten das ihnen zustehende Unterhaltsgeld in Höhe von 65% des vorherigen Einkommens. Entsprechend dem vorherigen niedrigen Einkommensniveau beträgt das für die Betroffenen jeweils 450,- bis 500,- DM monatlich! Zugesagt, aber nur für wenige Monate gezahlt, wurden monatliche Pauschalen in Höhe von ca. 150-200 DM für Unterkunft und ca. 60 DM für Verpflegung. Wenig genug angesichts des niedrigen Unterhaltsgelds und der Tatsache, daß die thüringischen Teilnehmerinnen die Woche über an ihrem hessischen Umschulungsort ein zusätzliches Zimmer unterhalten müssen.

Doch auch diese Pauschalen sollen ihnen nachträglich gekürzt werden: ist doch die thüringische Arbeitsverwaltung der Meinung, den Teilnehmerinnen stehe nur die für die neuen Bundesländer geltenden Pauschalen zu, nämlich für Unterbringung maximal 90,- DM monatlich.

Originalton Arbeitsamt: "Nach Prüfung der Unterlagen hinsichtlich der Rechtsgrundlage habe ich jedoch festgestellt, daß zum Beginn Ihrer Maßnahme am 3.9.1990 die DDR noch existent war und die Gesetzlichkeiten der DDR für Ihren Fall Gültigkeit hätten".

Eine Teilnehmerin wurde sogar vom Arbeitsamt aufgefordert, eine Bescheinigung des Sozialamts über ihre Bedürftigkeit vorzulegen. Dann könne evtl. von einer Rückzahlung höherer Pauschalen abgesehen werden.

Ein unglaublicher Vorgang, sowohl in der Argumentation wie auch im Ergebnis. Nach der neuen Bewilligungspraxis können junge Frauen aus Thüringen die Maßnahme in Hessen bis zu ihrem Ende im Sommer 1992 finanziell nicht durchhalten.

Da wirken alle Aufrufe zur verstärkten beruflichen Qualifikation wie blanker Hohn.

Solange in den neuen Ländern noch nicht ausreichend qualifizierte Maßnahmen angeboten werden können, müssen die Angebote gerade in den ehemaligen Grenzregionen sinnvoll genutzt werden.

Bereits Anfang Februar habe ich den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit um eine entsprechende Klarstellung bzw. Korrektur dieser Praxis gebeten. Bisher ist keine Antwort erfolgt.

(-/28.3.1991/rs/fü)
